

■ Die Stunde der Bürokraten

Kulturpolitik in Sachsen-Anhalt

Wie passt das nur zusammen? Sachsen-Anhalts Kultusminister Stephan Dorgerloh, Sozialdemokrat und gelernter Theologe, sieht ein »bemerkenswertes Kulturland«. So zu lesen in einem Hochglanzprodukt, mit dem am 24. Februar 2014 das Landeskulturkonzept medienwirksam an den Mann gebracht wurde. Die Theaterleute in Dessau, Eisleben und Halle hingegen laufen seit vielen Monaten Sturm gegen die Kulturpolitik des Landes und werden dabei von großen Teilen ihres Publikums unterstützt. »Stoppt den Kulturabbau!«, lautet die Forderung. In Dessau haben sich im vergangenen Sommer Wagemutige vom Dach des Anhaltischen Theaters abgeseilt und dann Pflöcke eingeschlagen auf den Wiesen rings um das Haus.

Es sollte vertäut werden für die Stürme, die aus Richtung der Landeshauptstadt Magdeburg dräuen. Vor dem historischen Goethe-Theater im beschaulichen Bad Lauchstädt empfangen indessen die Musiker der Staatskapelle Halle den Ministerpräsidenten des Landes, Reiner Haseloff (CDU), mit einem scheppernden, dröhnenden Protest-Ständchen gegen abschbare Stellenstreichungen. Und in Halle saßen im Winter hunderte Zuschauer, darunter viele junge Leute, im Innenhof des Neuen Theaters um ein Feuer, hörten den Liedern zu, die die Schauspieler sangen, und wärmten sich an Glühwein und Suppe, die von lokalen Sponsoren gestiftet worden waren.

Was ist bloß los in Sachsen-Anhalt, dem kleinen Bindestrichland im Osten Deutschlands, dessen Regierung seit Jahren tapfer und unangefochten von allem Spott damit wirbt, dieses sei das Land der Frühaufsteher? Eine Gegend der besonders pfiffigen Leute also, auch wenn es nur noch um die zwei Millionen sind. Tendenz: abnehmend. Und die Demografie ist es auch, die Sachsen-Anhalt besonders zu schaffen macht. Hinzu kommt, dass die Region um Halle, Merseburg, Bitterfeld und Dessau, zu DDR-Zeiten ein Kerngebiet vor allem des Bergbaus und der chemischen Großindustrie, heute eher mittelständisch geprägt ist – mit allen fatalen Folgen für die Bevölkerungsentwicklung und die öffentlichen Haushalte.

Die Lage ist also nicht rosig, bei allen Anstrengungen, die seitens der Landesregierung, getragen von einer Großen Koalition aus CDU und SPD, zweifellos unternommen

werden: Wo es nicht genügend Jobs gibt und im Zweifelsfall schlechter bezahlt wird als im Westen der Republik, ziehen die Menschen weg. Zumindest jene, die jung und flexibel genug sind, das zu wagen. So ist es immer schon gewesen in wirtschaftlich schlechten Zeiten. Auswanderung ist für das verlassene Land ein Alarmzeichen in jeder Hinsicht. Das ist nur verständlich. Zurück bleiben überproportional viele Alte, Kranke, weniger Leistungsfähige. Und natürlich gibt es auch weniger Geburten. Dabei sind es eben gerade die Kinder, die dem Land nicht nur statistisch zu einer Zukunft verhelfen könnten.

Um die Not zusammenzufassen: Es mangelt Sachsen-Anhalt an Wirtschaftskraft, an Geld, an Menschen. Und an einer Größe noch, die freilich nicht in Zahlen zu fassen ist: an Mut und Fantasie. Dafür gibt es, da hat der Kultusminister Dorgerloh schon recht, bemerkenswert viel Kultur. Hier liegt der Reichtum des Landes, der allerdings auch etwas kostet. Und genau darum dreht sich der Streit, der die Regierenden und die Regierten tief entzweit hat, so sehr Stephan Dorgerloh und sein Chef Reiner Haseloff sich auch mühen, die Krise wegzulächeln.

Entzündet hat sich der Konflikt, nachdem die Landesregierung eigentlich etwas sehr Mutiges, den Glauben an die Demokratie Stärkendes, in Gang gesetzt hatte. Mit dem Segen des Landtages wurde im Herbst 2011 ein Kulturkonvent einberufen, der unter der Leitung von Olaf Zimmermann, dem Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, stand. Akteure der institutionalisierten, aber auch der freien Kulturszene, Vertreter von Kirchen und Verbänden waren eingeladen, zunächst eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, um anschließend über künftige Strukturen und Kooperationen zu diskutieren. Am Ende sollten Empfehlungen stehen, die der Konvent dann auch zu Beginn des Jahres 2013 vorgelegt hat.

Zu diesem Zeitpunkt war die Arbeit des Konvents, der ausdrücklich nicht als eine große Feilscherei um Fördermittel verstanden werden sollte und dies auch nicht gewesen ist, allerdings bereits weitgehend entwertet. Die Teilnehmer fühlten sich zu Recht düpiert, weil ihre Bemühungen durch die parallel gelaufenen Haushaltsplanungen im Lande faktisch konterkariert worden waren. Zu diesem Fazit will sich freilich der Kultus-

minister, immerhin der »Erfinder« des Konvents, nicht bequemen. Er verweist immer wieder darauf, dass man sich mit dem nun vorliegenden Landeskulturkonzept doch wesentlich auf die Empfehlungen des beratenden Gremiums stütze.

Das mag in vielen Punkten zutreffen, in einem aber nicht: Für die Theater in Eisleben, Dessau und Halle sind einschneidende Kürzungen beschlossen worden, der Konvent hatte deutlich Anderes vorgeschlagen. Wohl empfahl er, notwendige Strukturveränderungen anzugehen – allerdings erst ab 2019. Und bis 2025 sollte eine erhöhte Fördersumme für die Bühnen diesen Wandel finanziell absichern. Nichts davon ist in der praktischen Politik angekommen: Am Anhaltischen Landestheater Dessau, einem Dreispartenhaus, sollen 2016 das Ballett und das Schauspiel geschlossen werden, es bleiben allein die Anhaltische Philharmonie und das Musiktheater. Ob das aber mit einem festen Ensemble oder eingekauften Gästen bestritten werden soll, hat bislang noch niemand erklärt.

In Halle wird es glimpflicher, aber ebenfalls schmerzhaft für das Schauspiel, die Oper und das Orchester abgehen, drastische Stellenkürzungen stehen ins Haus. Und ob die Stadt ihren Teil des Deals, der alle Sparten retten soll, auch tragen kann, steht noch dahin. Vom Thalia, dem Kinder- und Jugendtheater, dem einzigen eigenständigen seiner Art in Sachsen-Anhalt überhaupt, hat man sich schon verabschiedet, das Ensemble ist Teil des Schauspiels geworden. Die Landesbühne in Eisleben, kurzerhand schon für abgewickelt erklärt, darf nach heftigen Protesten aus der Bevölkerung künftig unter dem neuen Label »Kulturwerk« doch weitermachen, allerdings mit wesentlich geringerer Landesförderung, so dass von den derzeit gerade noch 50 Stellen viele nicht zu halten sein werden.

Die Theater müssen also bluten, die Künstler sind wütend auf die Politik. Das ist ein Krach, der nicht so einfach verfliegen wird. Schon deshalb nicht, weil die jährlich insgesamt eingesparten sechs Mio. Euro folgenreiche Tatsachen schaffen. Am dramatischsten fällt das in Dessau aus, entsprechend heftig sind die Proteste. Denn dort lässt man ein Haus auf Raten sterben, das eine rund 200-jährige Tradition aufzuweisen hat, die in die Zeit eines aufgeklärten Fürsten zurückweist, dem auch das zum Unesco-

Welterbe zählende Dessau-Wörlitzer Gartenreich zu danken ist. Gastspiele, wenn es sie denn geben wird, können kaum die kulturelle Identifikation ersetzen, wie sie ein Stadttheater eben bietet. Hinzu kommt, dass die Stadt mit dem Theaterangebot deutlich an Attraktivität verliert – auch für potenzielle Neubürger, die Dessau so dringend brauchen könnte. Längst ist die einstige Großstadt schon unter die Marke von 100.000 Einwohnern gerutscht, daran hat auch die Fusion mit der benachbarten Kleinstadt Roßlau nichts ändern können.

Warum, fragt man sich, müssen wegen der vergleichsweise geringen Sparbeträge so viele Tränen Dritter vergossen werden? Man fragt es sich umso mehr, als der Kultusminister plötzlich mit stattlichen Millionenbeträgen operiert, die ihm aus dem EU-Strukturfonds zufließen – von 2014 bis 2020 immerhin 92 Millionen Euro, heißt es, die unter anderem für die energetische Sanierung und die Herstellung von Barrierefreiheit in Gebäuden verwendet werden sollen. Das ist gewiss ehrenwert, der Schaden aber bleibt, der den Theatern zugefügt wurde – ohne Not. Der Vorschlag des Kulturkonvents war maßvoll und vernünftig. Wie sich nun zeigt, wäre er obendrein auch bezahlbar gewesen. Wie Olaf Zimmermann, der Moderator des Konvents, der Landesregierung schon geradezu flehentlich zurief: »Mit Einsparungen am Kulturerat saniert man keinen Landeshaushalt.«

Sachsen-Anhalts Reichtum ist die Kultur, das sieht auch die Landesregierung so. Es ist eben nur die Frage, wie man diesen Reichtum auch profitabel macht. Und welche Strukturen man für die Teilhabe der Künstler wie des Publikums schafft. Tatsächlich steht neben den Bühnen viel zu Buche, voran die Lutherstätten in Wittenberg und Eisleben, das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, die Altstadt von Quedlinburg und das Bauhaus in Dessau – sämtlich auf der Unesco-Liste des kulturellen Welterbes verzeichnet. Hinzu kommen weitere Kostbarkeiten wie die Franckeschen Stiftungen zu Halle, ein historisches Sozial- und Bildungswerk von Weltrang, und zahlreiche Denkmale der Industriekultur. Alles dies bindet Mittel und fordert Fürsorge, ohne Frage. Auch das reiche musikalische Erbe des Landes muss und soll gepflegt werden: Händel in Halle, Bach in Köthen, Telemann in Magdeburg, Weill in Dessau. Allesamt werden sie mit Festen gewürdigt, die dem Land nicht wenig Aufmerksamkeit eintragen, weit über den Osten Deutschlands hinaus.

Da versteht man schon, dass dem Hüter aller dieser Schätze manchmal der Kopf schwirren mag. Was man weniger gut versteht, ist die Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden – und warum sie nicht

offen kommuniziert werden. Im Falle des scheidenden Direktors der Stiftung Bauhaus Dessau, Philipp Oswald, ist es so gewesen. Der war 2009 ins Amt gekommen und sofort dadurch aufgefallen, dass er mit einer Vielzahl von Ausstellungs- und Forschungsprojekten aufwartete, um dem Haus verlorenes Terrain in der öffentlichen Wahrnehmung zurückzugewinnen. Um so erstaunlicher war es, als im Herbst 2013 ruchbar wurde, Oswalds Vertrag würde nicht, wie allgemein erwartet, um weitere fünf Jahre verlängert werden. Dies schien aber nicht nur wegen Oswalds offenkundiger, unbestrittener Leistung unverständlich, sondern auch geradezu

fahrlässig im Hinblick auf das 2019 anstehende 100-jährige Bauhausjubiläum, für das die Vorbereitungen angelaufen sind und mit den anderen Beteiligten der Bauhaus Kooperation Berlin Dessau Weimar sowie im Bauhaus Verbund, der zur Zeit sechs Bundesländer umfasst, auf Länder- und auf Bundesebene, koordiniert werden müssen.

Gleichwie, es ist dabei geblieben. Und weshalb Oswald, der sich erneut um das Amt beworben hat, eigentlich gehen musste, offenbar auf ausdrücklichen Wunsch des Kultusministers und Vorsitzenden des Stiftungsrates, Stephan Dorgerloh, hat dieser jedenfalls niemals öffentlich begründet. Mehr als die Formel, es liege ein gestörtes Vertrauensverhältnis vor, ist nicht zu erfahren gewesen. Ein erstaunlicher Vorgang, der durchaus ein Demokratiedefizit erkennen lässt. Was hätte denn dagegen gesprochen, die Gründe für den Vertrauensverlust zu nennen, zu denen Oswald seinerseits dann hätte Stellung nehmen können? So aber gehen Oswald wie das Land beschädigt aus dem Verfahren: An Oswald, einem international hoch geschätzten Fachmann, bleibt der Verdacht haften, er habe sich etwas derart Schreckliches zuschulden kommen lassen, dass man es nicht laut sagen darf. Der Kultusminister hingegen ist in den Ruf geraten, bürokratisch zu entscheiden und selbstherrlich durchzuregieren. Die Unnachgiebigkeit bei den Theaterfinanzen wie das Verfahren im Falle Oswalds stehen dafür. Das macht die wirkliche Vertrauenskrise zwischen Künstlern und Kulturschaffenden auf der einen – und den Regierenden auf der anderen Seite aus. Das Agieren der Politiker wird nicht Offenheit und notwendigen Meinungsstreit befördern, sondern unausweichlich Duckmäusertum und Opportunismus.

Dabei hätte man sich, ganz den Intentionen des Kulturkonvents folgend, durchaus Träume für die Entwicklung der Kulturlandschaft vorstellen können – auch solche, die mit dem Festhalten am Hergebrachten radikal gebrochen hätten: Wie wäre es denn, würde man jedes der Stadttheater weiter mit einem Schauspielensemble betreiben, dafür nur eine, allerdings herausragende Ballett-Compagnie und eine Operntruppe der Spitzenklasse für das Land aufstellen, die auf den Bühnen in Dessau, Halle und Magdeburg heimisch wären und zudem durch auswärtige Auftritte noch Renommee gewinnen? Darüber hätte man reden und sicher auch streiten können – mit allem Respekt und in gegenseitigem Vertrauen, wenn es das denn gäbe. So aber spart und verteilt man am Magdeburger Tisch nach Ermessen, verwaltet den Reichtum des Landes mutlos und schneidet die Wurst dabei in dünne Scheiben. Bis sie dann irgendwann aufgeessen sein wird. Es ist die Stunde der Bürokraten.

Andreas Montag



Das Landeskulturkonzept steht im Netz unter: www.kulturkonferenz-sachsen-anhalt.de/wp-content/uploads/Landeskulturkonzepte_140214_endfassung1.pdf.

In den *Kulturpolitischen Mitteilungen* berichteten wir:

Olaf Zimmermann: »Modell für andere Länder, für Kommunen und den Bund? Zum Abschlussbericht des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt«, Heft 140 I/2013, S. 16f.

Manuela Lück: »Kulturvolles Sparen im Land der Frühaufsteher?«. Sachsen-Anhalt senkt Kulturerat«, Heft 139 IV/2012, S. 9

Manuela Lück: »Neue Wege übers Land. Der Kulturkonvent in Sachsen-Anhalt«, Heft 136 I/2012, S. 10f.

Im aktuellen *Jahrbuch für Kulturpolitik* zum Thema Kulturpolitik und Planung schreibt Manuela Lück »Vom Kulturkonvent Sachsen-Anhalt zum Landeskulturkonzept« (S. 235–240)